

Die SED unter Honecker

Auswirkungen der sowjetischen Deutschlandpolitik

Der Rücktritt *Walter Ulbrichts* als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED am 3. Mai 1971 hatte, insgesamt gesehen, nur geringfügige, für die Akzentuierung und Durchsetzung der sowjetischen Deutschlandpolitik aber doch nicht unbedeutende Auswirkungen. Mit der *Ablösung Ulbrichts*, der 26 Jahre faktisch die SED geführt und dessen Wirken tiefe geschichtliche Spuren hinterlassen hat, fand auch in der DDR die Nachkriegsära endgültig ihr Ende. Schon auf dem 6 Wochen später stattfindenden VIII. Parteitag der SED (15.—19. Juni 1971) war Ulbricht weitgehend in den Hintergrund gedrängt.

Bereits auf diesem Parteitag wurde erkennbar, daß die SED unter seinem Nachfolger *Erich Honecker* gewillt war, sich geschmeidiger der sowjetischen Bereitschaft zu begrenzter Entspannung in und um Berlin anzupassen. Honecker bekundete dort deutlich die Absicht, das Verhältnis gegenüber West-Berlin zu normalisieren, und er wünschte den „Viermächte-Verhandlungen über West-Berlin“ einen Erfolg. Beide Seiten sollten guten Willen bekunden, wozu die Anerkennung der Realität gehöre, „daß West-Berlin eine Stadt mit einem besonderen politischen Status ist, niemals zur Bundesrepublik gehörte und nie zu ihr gehören wird“. Diese bis dahin geltende Grundthese von der besonderen politischen Einheit West-Berlin, die auf dem Territorium der DDR liege, wurde aber fallengelassen.

Auf dem VIII. Parteitag wurde der Kurs betonter Abgrenzung von der BRD bekräftigt. Die SED-Führung hatte diesen Kurs im Spätsommer 1970 als Antwortreaktion auf die 20 Punkte von Bundeskanzler *Brandt* in Kassel zugespitzt. *Betonte Abgrenzung* erschien der SED-Führung als die einzige Möglichkeit, die Auswirkungen der Bonner Ostpolitik auf die DDR und die SED einzudämmen.

Honecker ging auf dem VIII. Parteitag davon aus, daß Deutschland nicht nur durch eine *Staats-*, sondern auch durch eine *Systemgrenze* geteilt ist. Allen innerdeutschen Sonderbeziehungen sowie dem Gedanken an die Einheit der Nation wurden Absagen erteilt. Zwischen der BRD und der DDR wurden nur zwischenstaatliche Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz für möglich gehalten. Wachsamkeit und ideologische Indoktrination würden noch größer geschrieben. Jeder Aufweichung sollte vorgebeugt werden. Betonte Abgrenzung von der BRD und verstärkte allseitige Integration in das Gefüge des Warschauer Paktes waren die programmatischen Akzente zu Beginn der Ära Honecker. Als ideologische Hauptlosungen wurden proklamiert: „Sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus“. Die von Ulbricht allmählich aufgebaute Sonderstellung der DDR in Osteuropa begann, abgebaut zu werden.

Das Verhältnis zur Sowjetunion wurde wieder ganz in den Vordergrund gerückt, auch wenn die Sowjetunion

jetzt von der DDR *Zugeständnisse* verlangt, die gestern noch als undenkbar galten. Honecker kann diese Zugeständnisse nur rechtfertigen durch Hinweise auf die übergeordneten Interessen des sozialistischen Blocks und dessen Führungsmacht, der Sowjetunion.

Honecker beurteilt die BRD als Parteichef von Anfang an differenzierter. „Wir übersehen nicht die Unterschiede im Vorgehen der konservativen und der rechtssozialdemokratischen Kräfte in der BRD.“ Honecker sagte auf dem VIII. Parteitag ferner, es verstehe sich, „daß wir gegen die ultrareaktionären und revanchistischen Kräfte in der BRD unseren Hauptstoß richten. Aber auch, wer auf Umwegen versucht, mit der Stoßrichtung gegen die DDR die Geschäfte des Imperialismus zu besorgen, hat bei uns keine Chance.“ *E. Honecker* bekundete aber die Bereitschaft, „auf Schritte der Bundesregierung, die der realen Lage Rechnung tragen, positiv zu reagieren“.

Innenpolitisch vorsichtig

Im gesamten innenpolitischen Bereich bemüht sich Honecker, einen Mittelkurs zu steuern und jegliche Experimente zu vermeiden. Als neuer radikaler Besen ist Honecker als Parteichef nicht hervorgetreten. Obwohl er naturgemäß einige Akzente der Politik anders setzt und vorsichtig schrittweise *Korrekturen am früheren Kurs* vornimmt, so bemüht er sich doch, die Kontinuität zu betonen. Wenn auch die Formel der Ulbricht-Ära von der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ aufgegeben wurde, so bedeutet dies nicht, daß Honecker an einer Verschärfung der inneren Gegensätze interessiert ist.

Die weitere allseitige Festigung der DDR — unter komplizierter gewordenen Bedingungen — scheint das *Hauptanliegen* der neuen Führung zu sein. Innenpolitisch will Honecker eine gewisse Versachlichung und weitere Entspannung im Verhältnis von Partei und Bevölkerung. Dies schließt jedoch nicht aus, daß in einigen Bereichen aus einer Defensivposition heraus die ideologische Indoktrination verstärkt wird.

Die SED unter Honecker ist geneigt, nicht mehr hochtrabende Projekte und große Zukunftsvisionen zu verkünden, sondern sich stärker den politischen Alltagssorgen im System zu widmen. Die fühlbare Verbesserung der gegenwärtigen Arbeits- und Lebensbedingungen soll in naher Zukunft Vorrang haben. In den vergangenen Monaten wurde immer wieder betont, der Mensch müsse im Mittelpunkt stehen, die Wirtschaft sei nur Mittel zum Zweck. *Bürokratische Mangelerscheinungen* wurden zum Teil stärker als früher angeprangert. Den Konsumansprüchen der Bevölkerung wurde mehr Rechnung getragen. Die SED-Führung hat sich vorerst entschlossen, ein merklich gedrosseltes Investitionswachstum in Kauf zu nehmen, um eine sichtbare Erhöhung des Lebensstandards gewährleisten zu können. In den neuen Wirtschaftsplänen steht die Konsolidierung des Erreichten im Vordergrund.

Die Kalkulationen sind vorsichtiger. Die Hauptforderungen der Partei sind die erhöhte Auslastung der Kapazitäten, die Senkung des Materialverbrauchs, mehr Rationalisierung und gesteigerte Arbeitsproduktivität. Vordringlich ist die Ausbalancierung von Disproportionen zwischen verschiedenen Wirtschaftsbereichen. Insbesondere soll die *Energiewirtschaft* durch Modernisierung eine beträchtliche Kapazitätserweiterung erfahren. Die Engpässe bei einzelnen Zulieferbetrieben sollen überwunden und das Dienstleistungsgewerbe und der Handel durch Zusatzinvestitionen ausgebaut werden. Nach dem laufenden Wirtschaftsplan soll die industrielle Warenproduktion sich im nächsten Planjahr fünf um 34 bis 36% erhöhen, eine halbe Million neuer Wohnungen sind vorgesehen. Das Einkommen der Bevölkerung soll bei stabilen Preisen jährlich um 4% steigen.

Verbesserung der Lebensbedingungen soll in erster Linie heißen: lückenloseres Warenangebot im Einzelhandel, Auffangen der Kostensteigerungen durch verstärkte Rationalisierung und nicht mehr Abwälzung von Kostensteigerungen über Preiserhöhungen bzw. gar Einstellung der Produktion bestimmter Waren, die den Betrieben nicht genügend Gewinn bringen. Man soll sich nicht mehr mit Waren zweiter Wahl begnügen müssen. Erich Honecker sagte auf dem 4. ZK-Plenum (Mitte Dezember 1971): „Wir haben Konsumgüter importiert und beabsichtigen auch weiter, unser Angebot durch einen bestimmten Prozentsatz von Erzeugnissen aus den sozialistischen Bruderländern und auch aus kapitalistischen Staaten zu ergänzen. Das Wichtigste aber ist, daß die Konsumgüterproduktion der DDR in Qualität, Quantität und Sortiment systematisch an das Niveau herangeführt wird, das den berechtigten Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht... Unser Angebot von Konsumgütern auf der Leipziger Messe, dessen Qualität sich sehen lassen kann, muß auch zum Angebot für unseren Binnenmarkt werden.“

Verunsicherte Kader

In den Lebensverhältnissen der Bevölkerung hat sich bisher aber noch nicht viel geändert. Bis jetzt gibt es noch keine deutlichen, frühere Ausmaße erheblich übersteigende Verbesserungen in den Lebensbedingungen. Auch in diesem Winter gibt es in der Energieversorgung Engpässe, aber eine kontinuierliche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ist nicht zu leugnen. Die allgemeine politische Situation ist für die SED-Führung in der Gegenwart jedoch außerordentlich kompliziert. Als einzigen bedeutenden politischen Erfolg kann sie auf die gestiegene *internationale Beachtung* verweisen. Das Viermächte-Abkommen über Berlin wird als De-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte ausgegeben. Die Regierungsverhandlungen mit der BRD, die Prognose, daß beide deutsche Staaten schon in absehbarer Zeit in die UNO Einzug halten könnten und dann ein internationaler Anerkennungsdurchbruch der DDR auch de jure eintreten wird, gelten als zu erwartende Erfolgskette. Die DDR ist intensiv bemüht, schon vor einer generellen vertraglichen Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten bei anderen Staaten und der UN einen *Durchbruch in ihrer völkerrechtlichen Anerkennung* zu erwirken. Ungeachtet der außenpolitischen Erfolge, gibt es keinesfalls eine betont positive politische Stimmungslage in der DDR. Die Bevölkerung

begrüßt zwar die innerdeutschen Kontakte, doch die dogmatischen Parteikader der SED sind aus verschiedenen Gründen gerade jetzt in einem erheblichen Maße verunsichert. Zwar begrüßen auch diese Kader die bedeutsame sprunghafte Zunahme des internationalen Ansehens der DDR, doch der dafür gezahlte Preis erscheint ihnen viel zu hoch. Sie meinen, daß mit mehr Beharrlichkeit und größerem Standvermögen gegenüber sowjetischem Drängen die DDR zwar erst zu einem späteren Zeitpunkt, aber sicher und vor allem ohne ernsthafte Konzessionen das gleiche hätte erreichen können. Das jetzige intensive Bemühen, schon vor einem *Generalvertrag* beider deutscher Staaten einen Anerkennungsdurchbruch zu erwirken, soll einerseits dynamische Funktionäre zufriedenstellen, andererseits aber auch dem Prestigebedürfnis der DDR Rechnung tragen. Die DDR will nicht durch Gewährenlassen der BRD, sondern auf Grund eigenen Gewichts eine weltweite völkerrechtliche Anerkennung erreichen. Den SED-Funktionären wurde in den letzten Monaten tatsächlich einiges zugemutet. Die Berlin-Vereinbarung erzeugte bei ihnen Besorgnis, Enttäuschung und Betroffenheit. Schließlich mußte nicht nur die bisher verfochtene Grundposition gegenüber West-Berlin aufgegeben, sondern es mußten auch neue Gefahren für die Konsolidierung der DDR hingenommen werden.

Betroffenheit herrscht unter SED-Funktionären in gewissem Umfang auch darüber, daß der DDR ihre im Vertrag mit der Sowjetunion am 20. September 1955 eingeräumte Souveränität auf den *Zufahrtswegen nach West-Berlin* wieder geschmälert wurde. Doch viel mehr als über diese rechtliche Frage scheint man über die praktischen Konsequenzen, die sich künftig aus der Einreise von Westberlinern in die DDR ergeben, besorgt zu sein. Seit 19 Jahren hatten die Westberliner keine Möglichkeit, die DDR zu besuchen, obwohl die DDR die traditionelle Umgebung war, mit der vielfältige Verbindungen bestanden (Verwandte, Bekannte, Arbeitsstätten, Ausflugsorte, Grundbesitz). Seit 10 Jahren konnten die Westberliner nicht einmal mehr nach Ost-Berlin. Ausnahmen gab es lediglich in den kurzen Phasen der Passierscheinregelungen zum Besuch naher Verwandter bzw. in sogenannten Härtefällen. Wer keine Verwandten in Ost-Berlin hatte, konnte nicht dorthin. Nun soll aber jeder Westberliner (außer Flüchtlinge) einen Rechtsanspruch darauf haben, in der Regel für 30 Tage im Jahr in die DDR reisen zu können. Da die Westberliner viel eher mit der Landschaft der DDR als die Bundesbürger verbunden sind, hat die DDR faktisch erstmals eine größere Anzahl von Besuchern aus dem Westen regelmäßig auch ideologisch zu verkraften.

Die SED-Funktionäre haben noch sehr gut in Erinnerung, wieviel zusätzliche Mühen sie 1963 und 1964 nach den kurzfristigen Passierscheinvereinbarungen hatten, um Rückschläge in der „sozialistischen Bewußtseinsbildung“ auszumerzen. Die Auswirkungen direkter westlicher Infiltration wirkten vielfach recht nachhaltig. Gestützt auf diese Erfahrungen, wird jetzt in Parteiorganisationen der SED die Frage gestellt, ob das Berlin-Abkommen zur Konsolidierung der DDR beitrage oder ob nicht damit einer *inneren Aufweichung* der sozialistischen Ordnung der Weg geebnet werde.

Die Politik der SED stellt in Zukunft viel höhere Anforderungen an die Mitglieder, denn der relativ einfache,

klar verständliche Kurs betonter Abgrenzung von der BRD ist trotz neuer verbaler Deklamationen nur noch in modifizierter Weise aufrechtzuerhalten. Totale Abgrenzung kann nur dann halbwegs funktionieren, wenn es keinen Besucherstrom gibt und die Nachrichtenverbindungen (Post, Telefon) weitgehend unterbunden sind. Die jetzige Linie der SED — weiterhin betonte Abgrenzung zur BRD bei gleichzeitiger Erweiterung innerdeutscher Kontakte — erscheint einfachen Mitgliedern und Funktionären als zu kompliziert, zu widersprüchlich und zu schwer auf einen einleuchtenden Nenner zu bringen. Die SED muß daher in *Abwehr westlicher Einflüsse* noch stärker versuchen, die Klassenposition zu betonen. Die Mitglieder der SED und die Funktionäre der Nationalen Front müssen in die Lage versetzt werden, sich auf umfangreichere Begegnungen mit Westbesuchern einzustellen und westlich infizierte DDR-Bürger wieder auf Linie bringen zu können.

Schärfere ideologische Abgrenzung

In jüngster Zeit ist die Führung genötigt, die Abgrenzung im wesentlichen auf ein ideologisches Gleis zu schieben, um einfachen Mitgliedern die Politik der SED als aus einem Guß erscheinen zu lassen. Nur so ist einerseits Ausweitung und Verbesserung der innerdeutschen Kontakte mit Abgrenzung zu verbinden. Konsequenter wird vornehmlich nur das ausgemerzt, was aktuelle gesamt- oder innerdeutsche Hoffnungen nähren könnte. Am 7. Juli 1971 wurde das Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, am 18. August der „Ständige Ausschuß der deutschen Arbeiterkonferenzen zur Förderung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse“, am 1. Oktober der „Deutsche Freiheitssender 904“ aufgelöst. Auch der „Deutschlandsender“ wurde in „Stimme der DDR“ umbenannt. Von der Staatshymne der DDR wird nur noch die Melodie gespielt, weil die Textpassage „Laßt uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland“ unpassend geworden ist. Folgerichtig wird auch die DKP stärker als eine Bruderpartei behandelt, mit der man weniger durch das Band nationaler Gemeinsamkeiten, sondern stärker durch das des „proletarischen Internationalismus“ verbunden ist. Es dürfte auch nicht überraschen, wenn eines Tages der Parteiname SED geändert wird.

Seit Herbst 1971 wird immer mehr von der „sich entwickelnden sozialistischen Nation“ in der DDR gesprochen. K. Hager (Mitglied des SED-Politbüros und dessen Chefideologe) nannte dafür folgende Elemente: Verbundenheit mit der UdSSR, Ausübung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse, volle Souveränität der sozialistischen Staatsmacht, deren Grenzen eindeutig bestimmt und geschützt sind; Vergesellschaftung der Produktionsmittel; Verbreitung und Durchsetzung sozialistischen Denkens und Handelns; und Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus.

Gleichzeitig werden aber *nationale* Traditionen aus der Geschichte betont gepflegt. Im Rahmen der systematischen Förderung des sogenannten nationalen Kulturerbes werden die Dinge so dargestellt, daß nur in der DDR die Traditionen und das Erbe der besten Deutschen erhalten werden, wobei in diesem Punkt durchaus noch gesamtdeutsch gedacht wird. Deutsches Nationalgefühl mit neuem sozialistischem Inhalt wird gerade in der DDR konserviert.

Auf dem 4. Plenum des ZK der SED erklärte Honecker: „Wir fördern alles, was der europäischen Sicherheit dienlich sein kann, ohne auch nur einen Augenblick unsere politische, ideologische und militärische Wachsamkeit zu vernachlässigen... In der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus sowie allen Spielarten des rechten und ‚linken‘ Opportunismus kann es keine Waffenruhe geben.“ Es fällt auf, daß die ideologische Abgrenzungskampagne gegen Imperialismus und den besonders gefürchteten Sozialdemokratismus so angelegt ist, daß mögliche Abmachungen im staatlichen und wirtschaftlichen Bereich nicht erschwert werden. Es ist eine Defensivmaßnahme, um unter Bedingungen spärlich eingeräumter Freizügigkeit (bessere Nachrichtenverbindungen und künftiger Besuch von Westberlinern in der DDR eine „Zersetzung“ des sozialistischen Staatsbewußtseins zu vermeiden und Wiedervereinigungsideen zu ersticken. Im übrigen brauchte auch nicht so viel über Abgrenzung theoretisiert zu werden, wenn nicht doch einige wichtige Elemente praktischer Politik auf eine begrenzte Annäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands angelegt wären.

Das bisher propagierte grobschlächtige Feindbild von der „revanchistischen friedensfeindlichen“ BRD ist offensichtlich recht fragwürdig geworden. Daß Bundeskanzler Brandt in der DDR großes Ansehen genießt, ist der SED peinlich. Einen weltweit anerkannten Friedensnobelpreisträger zu verteufeln ist besonders schwer. In jüngster Zeit beginnt die SED-Propaganda Brandt zum Teil totzuschweigen, um an einer Polemik mit Bumerangwirkung vorbeizukommen. Die SED-Führung hat große Mühe, ein differenziertes modernisiertes Feindbild zu schaffen.

Deswegen ist es nicht zufällig, daß Honecker insbesondere während seiner Auftritte bei Truppenbesichtigungen bzw. Offiziersakademien harte Töne anschlägt. Einerseits will er gerade dort kämpferische Klarheit schaffen und von dort aus dogmatische Kader beruhigen, andererseits kann er vor solchen Gremien harte Ausführungen nach außen — sowohl gegenüber der BRD als auch gegenüber entspannungswilligeren kommunistischen Staaten — eher rechtfertigen. Als Beispiel sei hier die Äußerung Honeckers am 6. Januar 1972 bei einer Truppenbesichtigung auf der Insel Rügen zitiert: „Unser Feindbild stimmt genau. Am Bild gibt es nichts zu ändern, da sich der Feind selber nicht geändert hat... Unsere Republik und die BRD verhalten sich zueinander wie jeder von ihnen zu einem dritten Staat. Die BRD ist somit Ausland und noch mehr: sie ist imperialistisches Ausland.“

Honecker bezeichnete es dort als völlig sinnlos, immer wieder „die alte Platte von irgendwelchen sogenannten *innerdeutschen Beziehungen*“ aufzulegen. Von solchen „seltsamen Beziehungen“ könne keine Rede sein. Honecker unterstrich in dieser Rede, daß die Politik der DDR darauf gerichtet sei, mit der BRD wie zu allen anderen Staaten normale Beziehungen herzustellen, wie sie zwischen souveränen, voneinander unabhängigen Staaten üblich seien. Die SED habe — was Brandt und die Sozialdemokratie in der BRD betreffe — keinerlei falsche Hoffnungen, berücksichtige aber, besonders vom Standpunkt der Außenpolitik, die positive Seite der Regierung Brandt.

Erstmals wurde von einem SED-Parteichef die BRD

verbal eindeutig als Ausland deklariert, wengleich die Aussage im Kern nichts Neues enthält. Ungeachtet dieser scharfen Polemik ist jedoch auffällig, daß die DDR nicht mehr einen Botschafteraustausch zwischen Bonn und Ost-Berlin fordert. Offensichtlich hat sich die SED-Führung dem Konzept der sowjetischen Deutschlandpolitik angepaßt. Im Gegensatz zu früher ist die Sowjetunion nämlich stärker bereit, von den Rechten der vier Siegermächte für die ganz Deutschland betreffenden Fragen auszugehen und unter diesem Dach alliierter Gesamtverantwortung für Deutschland Sonderbeziehungen der beiden deutschen Staaten zu bewilligen (z. B. nicht Botschafter, sondern bevollmächtigte Minister auszutauschen).

Zweifel an der Sowjetunion

Bemerkenswert ist aber, daß der Glaube vieler SED-Kader an die Sowjetunion angeschlagen ist. Während in den letzten Jahren der Ulbricht-Ara SED-Funktionäre vielfach recht selbstbewußt und mitunter auch eigenwillig gegenüber sowjetischen Genossen auftraten, fühlen sie sich jetzt in die *Satellitenrolle* zurückgestuft. Manche SED-Funktionäre sind darüber verärgert, daß die DDR ihre bisherige Rolle als Juniorpartner der Sowjetunion verloren hat und daß im Zuge europäischer Entspannung auch ihre Funktion als vorgeschobenes Bollwerk reduziert wurde. Mit dem Abbau der Konfrontation und dem Ausbau vielfältiger bilateraler Beziehungen zwischen der BRD und den kommunistisch regierten Ländern kann die DDR auch ihren bisherigen mitbestimmenden Einfluß auf die Deutschlandpolitik dieser Länder nicht mehr in gewohntem Maße ausüben. Auf diesem Hintergrund ist verständlich, daß in jüngster Zeit sogar antisowjetische Stimmungen aufgekommen sind. Der betont persönliche Charakter des Treffens Breschnew — Brandt auf der Krim wirkte auf manche Funktionäre schockierend und verstärkte deren Skepsis. Um den inneren Druck jetzt aufzufangen, der sich zum Teil daraus ergibt, daß die DDR-Bevölkerung weiterhin nur im Rentenalter in den Westen reisen darf, wurde der visafreie Verkehr nach Polen und der ČSSR eingeführt. Die SED-Führung rechnet dabei wohl auch damit, daß sich durch Besuchsreisen in die weniger wohlhabenden Nachbarländer das DDR-Staatsbewußtsein mit einem Stolz auf eigene Errungenschaften besser entwickelt. Andererseits enthalten naturgemäß auch solche Begegnungen Risiken. Immerhin ist zu bedenken, daß aus Polen und der ČSSR manche Reformidee bzw. -praxis die SED schon verunsichert hat. Die SED-Führung und ihre Abwehrorgane müssen jetzt dieses Risiko mit in Kauf nehmen.

Auch Walter Ulbrichts erwirkter Rücktritt als Parteichef, verbunden mit Unhöflichkeit, indirekter Kritik und begrenztem Totschweigen, erzeugte insbesondere bei dogmatischen Kräften (aber zum Teil auch bei der Bevölkerung) Betroffenheit, Unmut und sogar Mitleid für den „großen alten Mann“. Durch das offensichtliche Mitwirken des früheren Ostberliner Sowjetbotschafters Abrasimow entstanden fragwürdige Wertungsfronten: Ulbricht wird gesehen als der Patriot, der beharrlich die DDR-Interessen auch gegenüber der Sowjetunion verfochten hat und deshalb unbequem wurde — während Honecker als der bequemere Erfüllungsgehilfe der Sowjets erscheint.

Interne Machtverteilung

Die SED-Führung ist offensichtlich bemüht, die Kontinuität des politischen Kurses zu betonen, um entstandene Unsicherheiten zu reduzieren. Die zunächst nicht erwartete Wiederwahl des 78jährigen, gesundheitlich angeschlagenen Walter Ulbricht zum Staatsratsvorsitzenden war eine notwendige Konzession. Dies sollte beruhigend wirken und Kontinuität symbolisieren. Angesichts der großen inneren Belastungen, die sich in den nächsten Monaten noch vermehren werden, kann auf die Autorität des Schöpfers der SED und des Landesvaters der DDR nicht verzichtet werden. Als Symbol ist Ulbricht gegenwärtig für das Triumvirat Honecker — Stoph — Sindermann unentbehrlich.

Wenn es auch verfehlt wäre, Honecker diktatorische Ambitionen zu unterstellen, so ist doch schon ersichtlich, daß er an einem Ausbau seiner *staatlichen* Einflußpositionen interessiert ist. Obwohl in kommunistischen Staaten in der Regel der Erste Sekretär des Zentralkomitees stets auch ohne jegliches Staatsamt die einflußreichste Persönlichkeit ist (denn er bestimmt die Richtlinien der Politik), so ist Honecker doch bereits bemüht, seinen Einfluß auch in leitenden Staatsorganen unmittelbar zu verankern. Bereits im Juni 1971 übernahm er von Ulbricht den Vorsitz im Nationalen Verteidigungsrat, und am 26. November 1971 ließ er sich auch in den Staatsrat wählen. Zwar ist Honecker in diesem 24köpfigen Gremium nur eines der 17 Mitglieder, und er gehört formell noch nicht zu den 6 stellvertretenden Vorsitzenden, doch kann er künftig durch seine Anwesenheit den Kurs dieses Gremiums bestimmen. Die Präsenz des *Politbüros* im Staatsrat wurde jetzt nahezu verdoppelt. Früher gehörten diesem Gremium nur an: Ulbricht, Stoph, Ebert und Mittag. Letzterer ist jetzt ausgeschieden. Nun gehören diesem Gremium neben den drei Erstgenannten noch an: Honecker, Paul Verner, Herbert Warnke und Margarete Müller. Da der 78jährige Ulbricht arbeitsbehindert ist, nimmt der 77jährige Friedrich Ebert (der jüngste Sohn des ersten deutschen Reichspräsidenten) gewissermaßen die Geschäfte des ständigen Stellvertreters von Ulbricht wahr. Insgesamt gesehen, führt der Staatsrat jetzt jedoch ein Schattendasein. Er beschränkt sich im wesentlichen nur auf die laufenden Aufgaben eines Staatsoberhauptes und übt seine anderen Befugnisse kaum aus.

Während es früher so schien, als sei Willi Stoph der künftige Staatsratsvorsitzende, so ist dies nun keineswegs mehr so sicher. Wenn der Staatsrat nach Ulbrichts Ausscheiden wieder voll seine Befugnisse wahrnehmen soll (neben den spezifischen Aufgaben eines Staatsoberhauptes noch: Ratifizierung bzw. Kündigung internationaler Verträge, Verabschiedung von Beschlüssen mit Gesetzeskraft zu Problemen der staatlichen Leitungsarbeit und allgemeinverbindliche Auslegung der Gesetze), so könnte die Position des Staatsratsvorsitzenden auch für Honecker interessant sein. Im Staatsrat ist nämlich der Vorsitzende keineswegs *Primus inter pares*, sondern er soll die Arbeit dieses Gremiums *leiten*. Der Staatsrat ist so strukturiert und zusammengesetzt, daß die Führungsrolle des Vorsitzenden voll zur Geltung kommen kann. Sieben Angehörige des Politbüros verschaffen diesem Gremium als eine Art Überregierung erhebliches politisches Gewicht, wengleich die anderen Mitglieder des Staatsrates nur Repräsentanten der gleichgeschalteten kleinbürgerlichen Parteien bzw. Vertreter einzelner gesellschaftlicher bzw.

staatlicher Bereiche sind, z.B. je ein Vorsitzender des Rates eines Bezirks, ein Erster Bezirkssekretär, ein Universitätsrektor, ein Oberbürgermeister. Zwar gewinnt ein Erster Parteisekretär durch die Übernahme des Vorsitzes im Staatsrat nicht viel an Macht hinzu, aber er kann protokollarisch stärker auch im staatlichen Bereich hervortreten.

Eine Alternative ist nicht in Sicht

Die Ära Honecker hat trotz verschiedener innerer Schwierigkeiten relativ reibungslos begonnen. Honecker hat sich als Parteichef der SED unerwartet schnell eingearbeitet. Der einstige harte linke Flügelmann im Politbüro entwickelt sich zu einer „integrierenden“ Kraft. Hoffnungen darauf, daß die Ära Honecker nur eine Zwischenphase sein wird, dürften unbegründet sein. Neben Honecker ist gegenwärtig jedenfalls keine personelle

Alternative erkennbar. Ebenso sollte man nicht auf künftige Fraktionskämpfe oder gar einen Zerfall des Führungskollektivs bauen. Die gegenwärtige Lage ist für die SED-Führung zwar recht kompliziert, doch gerade in dieser Situation ist ein Zusammenhalt des Führungskollektivs wahrscheinlich, zumal es kein profiliertes Politbüro-Mitglied gibt, das sich aussichtsreich an die Spitze einer Gegengruppe stellen könnte. Honecker gehört zu den Senioren im Politbüro (seit 1950 Kandidat, seit 1958 Mitglied). Ein Jahrzehnt hat er unter Ulbricht die Kaderpolitik der SED maßgeblich geprägt und Personen seines Vertrauens den Weg in Schlüsselpositionen geebnet. Aus diesem Grunde wurden jetzt auch keine erheblichen Umbesetzungen erforderlich. Honecker hat die Partei trotz vorhandener Verunsicherungsmomente fest in der Hand. An allen wichtigen Schaltstellen sitzen seine Vertrauensleute, die vielfach wie er aus der Jugendarbeit hervorgegangen sind.

Sozialkonflikte in Israel

Ein Beispiel einer schwer zu bewältigenden Gruppenintegration

Der Waffenstillstand mit Ägypten, der seit August 1970 in Kraft ist, und das Abflauen der Aktivität arabischer Terroristen brachten für die Bevölkerung Israels eine fühlbare Entlastung. Zwar rechnet man immer noch mit der Möglichkeit eines Krieges, aber die Entspannung war in den letzten zwei Jahren immerhin so weit gediehen, daß zunehmend die *inneren Probleme des Landes* an die Oberfläche treten konnten. Zudem folgte auf den Sechstagekrieg eine Periode wirtschaftlicher Prosperität, wie sie das Land nie gekannt hat. In ihrem Gefolge sind nun auch die sozialen Unterschiede und Gegensätze größer und vor allem bewußter geworden. Die latenten Spannungen münden nun gelegentlich in explosionsartige Ausbrüche sozialer Unzufriedenheit. Die Demonstration „schwarzer Panther“ oder wohnungssuchender Ehepaare sind nur die wenig erheblichen Symptome einer Entwicklung, deren Ursachen so vielschichtig sind wie das Land selbst.

Sozio-kulturelles Ungleichgewicht

Am augenfälligsten sind die *Spannungen zwischen Juden orientalischer und europäischer Herkunft*. Diese werden von arabischen Propagandisten nicht ungerne ausgenutzt, um zu zeigen, daß es in Israel ein Rassenproblem und eine Rassendiskriminierung nicht nur gegenüber den Arabern, sondern auch gegenüber den orientalischen Juden gebe.

Die jüdische Diaspora ist wegen der vielen jüdischen Gruppen unterschiedlicher Kultur und Sprache so vielfältig, daß sie niemals eine homogene Gemeinschaft bilden konnte. Verbunden sind die einzelnen Gruppen durch eine (fiktive) gemeinsame Abstammung und Religion. Da das Judentum aber keinerlei zentrale Institutionen besitzt, ist selbst die religiöse Gemeinschaft oft eher ideeller als faktischer Natur.

Der Masseneinwanderung von Angehörigen der verschiedensten Gruppen in Israel, auch „Sammlung der Exile“ genannt, sollte nicht zuletzt die Einebnung der Unter-

schiede folgen, wie sie durch Exil und Diaspora bedingt waren. Es ging dabei in gleicher Weise um eine kulturelle, soziale und ökonomische Integration. Maßstab für diese Integration wurden die Gruppen aus Mittel- und Osteuropa, welche die ersten Einwanderer waren. Sie hatten den Staat gegründet. Sie weisen das höchste kulturelle und zivilisatorische Niveau auf.

Dank der gemeinsamen Schulen (und der allgemeinen Schulpflicht) ist die kulturelle Integration wenigstens *sprachlich* weitgehend gelungen: Hebräisch ist die gemeinsame Sprache aller Israelis. Die Sprachschranke zwischen den Gruppen ist spätestens in der zweiten Generation gefallen. Vollkommen gelungen ist auch die *politisch-militärische Integration* in der Armee, die sehr viel mehr als die Schulen zum Schmelztiegel wurde.

Dagegen ist die *soziale Integration* trotz größter Anstrengungen nicht sehr weit gediehen. Entscheidend waren hier die übergroßen sozio-kulturellen Unterschiede: Der marokkanische Jude aus dem Atlas unterscheidet sich von einem sehr armen französischen Juden kaum weniger als der marokkanische Fellache vom französischen Kleinbürger. Es war von Anfang an deutlich, daß es nicht sehr leicht sein würde, das Niveau der orientalischen Juden (die auch unter sich ein sehr starkes Gefälle aufweisen) dem Niveau der europäischen oder amerikanischen Juden anzugleichen. Nach 25 Jahren zeigt sich nun, daß sowohl das sozio-kulturelle Gefälle und in dessen Gefolge das sozio-ökonomische Gefälle zwischen den Gruppen immer noch erheblich ist. Es gelangen zwar bemerkenswerte Anhebungen auf der untersten Stufe. Es gibt bei den orientalischen Juden der jüngeren Generation faktisch keine Analphabeten mehr. (Unter den Neueinwanderern dieser Gruppe waren fast 25%, insbesondere Frauen, ohne jede Schulbildung.) Doch gibt es zwischen den Facharbeitern europäischer und den ungelerten Arbeitern orientalischer Herkunft große Einkommensunterschiede. Hinzu kommt der bedeutend größere Kinderreichtum der Juden aus orientalischen Ländern.